

Oftmals mäßigt den reaktionären und aggressiven Kräften in der BRD, Unverbesserlichen und Unvernünftigen die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus in der DDR...

Warum ist die „deutsche Frage“ längst gelöst? Tatsachen und Beweise

Von Genossen Dr. Horst Kapson, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften

So drangen Ende Mai Provokateure in das Staatsgebiet der DDR ein und beschädigten Grenzsicherungsanlagen. Für abgebaute Sicherungsanlagen erhielten sie von der antikomunistischen „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ 3000 DM „Honorar“...

Staltungen und Aufmärsche untersagen oder auflösen, sah sich erneut enttäuscht. Ganz im Gegenteil, die demonstrativen Bekundungen der Neonazisten...

wurden. Mitglieder und Nachläufer der „Jungen Union“, der CDU/CSU-Jugend in der BRD, wurden zusammengetrommelt...

Es bestand hinreichender Verdacht für einen Mißbrauch der Transitwege, so daß die Zurückweisung gemäß des Artikels 16 des Abkommens zwischen der Regierung der DDR und BRD über den Transitverkehr...

hinderung von Transitreisenden anzumelden.

Die herrschenden politischen Kräfte in der BRD sind aber sehr schlecht beraten, wenn sie, meinen, ihren verschärft von Antikomunismus bestimmten Wahlkampf durch Provokationen gegen die DDR und die Entspannungspolitik zu bereichern...

Niemand wird bei der Konstatierung der gezielten Provokationen, dem verschärften Antikomunismus und den Neonazistenaufmärschen übersehen können, daß die Ausführenden keinerlei Behinderungen unterliegen, sondern vielmehr Rückendeckung erhalten und sich politischer Begründungen durch Herrschende und Regierende in der BRD in ihren Handlungen sicher sind...

der Staaten betreffen, am Anfang des Helsinki-Dokuments verzeichnet sind. Erich Honecker hat deshalb in Helsinki erklärt, daß die Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen der Prüfstein dafür bleibt, ob eine Politik wirklich dem Frieden und damit den Interessen der Menschen dient...



Dr. Ingeborg Schwedler, Sektion Marxismus-Leninismus

Zu Notwendigkeit und Wesen der Diktatur des Proletariats

Im Programm der SED, das auf dem IX. Parteitag beschlossen wurde, heißt es:

„Die Politik der SED ist auf die weitere allseitige Stärkung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats gerichtet, die die Interessen des ganzen Volkes der DDR vertritt.“

Damit wird das Wesen der politischen Organisation unserer Gesellschaft eindeutig und auf der Grundlage eines politischen Begriffes charakterisiert...

Der Begriff Diktatur des Proletariats hat für uns deshalb so große Bedeutung, weil er sowohl auf dem tiefen theoretischen Eindringen der Klassiker des Marxismus-Leninismus in die Fragen der Macht beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus als auch auf den revolutionären Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung beruht...

Um diesen politischen Schlüsselbegriff wurden aber auch über Jahrzehnte und werden bis in unsere Tage die heftigsten ideologischen Auseinandersetzungen geführt.

Da die Diktatur des Proletariats dem Wesen nach die politische Herrschaft der Arbeiterklasse ist, ist es allerdings nicht schwer zu verstehen, warum um ihre Notwendigkeit und um ihren Inhalt immer wieder von neuem heftig gestritten wird.

Schon im Kommunistischen Manifest wird von Marx und Engels festgestellt, daß die Machtfrage die Kernfrage jeder Revolution ist und daß die sozialistische Revolution die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse zur Voraussetzung hat...

Warum ist das so? Warum ist die Diktatur des Proletariats objektiv notwendig? Warum handelt es sich hier also um eine allgemeingültige Gesetzmäßigkeit?

unter den Bedingungen der sich immer mehr verschärfenden allgemeinen Krise seines Systems nicht automatisch zusammenbricht.

Die Monopolbourgeoisie war weder in der Vergangenheit, noch ist sie heute bereit, auf ihre Herrschaft freiwillig zu verzichten. Im Gegenteil, die Erfahrungen der revolutionären Bewegung der letzten Jahre haben anschaulich vor Augen geführt...

Dieser reaktionären, den Fortschritt hemmenden Gewalt des Imperialismus muß die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten in der Revolution die revolutionäre, den Fortschritt fördernde Gewalt entgegenzusetzen.

Die Logik des Klassenkampfes besteht darin, daß er bis „zu der Alternativen führt: entweder den bürgerlichen Staat zu zerschüttern“ oder selbst zerrüttert und erwürgt werden.“

Der Gewalt der Ausbeuter – und politische Gewalt ist ein Produkt der Ausbeutergesellschaft – muß die Arbeiterklasse die Gewalt der Ausgebeuteten entgegenzusetzen.

Die Annahme, daß es eine gewaltlose Revolution geben könnte, ist utopisch.

Gewalt ist jedoch nicht identisch mit bewaffnetem Aufstand oder Bürgerkrieg. Die Anwendung von Gewalt kann und muß, wie die Anwendung der Diktatur des Proletariats überhaupt, vielfältige Formen haben...

der Oktoberrevolution notwendig, daß solche Parteien wie die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, die offen auf die Seite der Konterrevolution übergingen...

Man darf aber die Begriffe „friedlicher Verlauf der Revolution“ und „gewaltlose Revolution“ nicht gleichsetzen. Man darf sie ebensowenig gleichsetzen, wie man die Begriffe Diktatur des Proletariats und Demokratie als unvermeidbar entgegenzusetzen darf.

Gerade darauf laufen aber die Entstellungen des Wesens der Diktatur des Proletariats in Vergangenheit und Gegenwart hinaus.

Lenin wies bereits in seiner Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ nach, daß es sich bei der Auseinandersetzung um die Diktatur des Proletariats nicht darum handelt, ob ein demokratischer oder ein diktatorischer Weg, das heißt also ein „friedlicher“ oder „gewaltsamer“ Weg zum Sozialismus eingeschlagen werden soll...

Und man muß heute ebenso wie damals fragen: Was ist das im Imperialismus für eine Demokratie, die in Hamburg einerseits den Faschisten Polizeischutz für „freie Versammlung“ und weiteren Ausbau ihrer internationalen Verbindungen gewährt und an-

dererseits die Antifaschisten mit Schlagstöcken und „chemischen Keulen“ auf das brutalste niederknüpelt.

Täglich beweist die imperialistische Wirklichkeit von neuem, daß Rechte und Freiheiten der Werktätigen, das heißt also eine Erweiterung der Demokratie für die Werktätigen nur im Kampf gegen die Allmacht der Monopolbourgeoisie durchgesetzt werden kann, ein Kampf, der bis zur Brechung ihrer Diktatur weitergeführt werden muß.

Auf der Grundlage der politischen Macht der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln haben alle Bürger unserer Republik in gleicher Weise ein Interesse daran, daß:

1. die Errungenschaften des Sozialismus zuverlässig gegen Anschläge des Imperialismus geschützt werden. Angesichts der in jüngster Zeit sich häufenden Grenzprovokationen ein Interesse, das es mit besonderem Nachdruck hervorzuheben gilt.

2. der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, das heißt also die Gestaltung unserer von Ausbeutung, sozialer Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Krisen sowie geistiger Manipulation befreiten Gesellschaft unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse weiterhin so erfolgreich voranzutreiben, wie das die Bilanz des IX. Parteitages ausweist.

Das Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege zum Kommunismus ist aber der Staat.

„Die Haupttrichtung; in der sich die sozialistische Staatsmacht entwickelt, ist die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. Die in vielfältigen Formen erfolgende Mitwirkung der Bürger an der Leitung des Staates und der Wirtschaft wird immer mehr zum bestimmenden Merkmal des Lebens im Sozialismus.“

Unsere Wirklichkeit bestätigt die Feststellung Lenins: „Die proletarische Demokratie ist millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie.“

Literatur:

- 1) Programm der SED, ND, v. 25. 5. 1976, S. 6, Sp. 1
2) Breshnew: Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag, Presse der Sowjetunion 9/1976, S. 21
3) Lenin: Zwei Welten... in Werke Bd. 16, S. 311
4) Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Werke Bd. 28, S. 240
5) Bericht des ZK der SED an den IX. Parteitag, Berichterstatte: Genosse Erich Honecker, Bln. 1976, S. 25
6) Programm der SED, a. a. O., S. 6, Sp. 1
7) Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, a. a. O., S. 247



Franz Loeser „Mord auf Befehl“

Warum mußten die Rosenbergs sterben? ni-konkret. Band 24. Vorwort von Michael und Robert Meeropol. Nachwort von Cedric Belfrage. Mit zahlreichen Fotos von mehreren Fotografen. Etwa 128 Seiten. Broschiert 3,40 Mark.

Der Autor Franz Loeser schrieb das Buch „Mord auf Befehl“ aus aktuellem Anlaß, denn wie bekannt ist, bemühen sich die Söhne der Rosenbergs seit längerer Zeit, den 1953 an ihren Eltern begangenen Justizmord aufzuklären und sie völlig zu rehabilitieren. Prof. Dr. Loeser, der Mitglied des Präsidiums des Deutschen Friedensrates sowie Vorsitzender des Paul-Robeson-Komitees der DDR ist, will mit diesem Buch Zusammenhänge und Umstände erläutern, die trotz weltweiter Proteste den Justizmord ermöglichten.

In dieser Darstellung schildert der Verfasser auch kurz die Justizskandale um den Hauptmann Dreyfus (1900) und die Gewerkschaftsführer und Arbeiterfunktionäre Sacco und Vanzetti (1927).

WILLENSERKLÄRUNG (Auszug) der Teilnehmer an der Beratung des Gewerkschaftsaktivs der TU

Wir, die Teilnehmer der Beratung des Gewerkschaftsaktivs der Technischen Universität Dresden beschließen die gewerkschaftliche Stellungnahme zum Entwurf des Planes 1977...

Wir, die Teilnehmer der Beratung des Gewerkschaftsaktivs der Technischen Universität Dresden beschließen die gewerkschaftliche Stellungnahme zum Entwurf des Planes 1977. Verlauf und Ergebnisse der Pflandiskussion zeigten, daß die Bilanz und die Beschlüsse des IX. Parteitages der SED begeisterte Zustimmung unserer Wissenschaftler, Arbeiter und Angestellten gefunden haben. Groß ist die Zahl neuer Initiativen und Verpflichtungen zur Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages.

Voller Empörung wenden wir uns gegen die wachsende Aufbebung und Aufputschung der Bürger der BRD durch Hetzveranstaltungen, durch voller Haß gegen die DDR erfüllte Reden sowie durch einen großen Teil der Massenmedien der BRD, die sich immer mehr als Sprachrohre der reaktionärsten, aggressivsten und antikomunistischen Kräfte des westdeutschen Imperialismus entlarven.

Wir fordern mit aller Entschiedenheit von den politisch verantwortlichen Kräften der BRD, Schluß zu machen mit der Haßkampagne und systematischen Hetze gegen die DDR, die zu feindseligen Handlungen gegen die DDR ermuntert. Wir fordern, dafür zu sorgen, daß die provokatorischen Anschläge gegen die Staatsgrenze der DDR eingestellt und unterbunden werden und das im Moskauer Vertrag, im Grundlagenvertrag und in der Schlußakte von Helsinki niedergelegte Prinzip der Unverletzlichkeit und der Achtung der territorialen Integrität

eingehalten wird. Das Wutgeschrei der Antikomunisten und Faschisten in der BRD und die Haltung der Kräfte, die ihr Treiben gutheißen, unterstützen oder dulden, bestärkt uns im Streben noch mehr zu tun zur Erhöhung des Niveaus unserer Arbeit zur ideologischen Auseinandersetzung mit allen Formen feindlicher Ideologie, ist uns Anlaß, unsere politische Wachsamkeit und die Anstrengungen zum Schutze unserer sozialistischen DDR und zu ihrer allseitigen Stärkung zu verdoppeln.

Es findet unsere volle Zustimmung, wenn festgestellt wird, daß die Feinde der Entspannung auch mit Erpressungsversuchen, wie der Drohung mit ökonomischem Druck, bei der DDR keinen Eindruck schinden können. In dieser Situation zeigt sich erneut, wie gut es ist, fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft zu sein und uns ökonomisch immer stärker mit der großen Sowjetunion zu verflechten. Wir ziehen auch aus den Drohungen die Lehre, in unserer täglichen Arbeit noch entschlossener zur Verwirklichung der begeisterten Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, zur Verwirklichung der Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion beizutragen, wie das in unserem Beschluß zur Führung des sozialistischen Wettbewerbs nach dem IX. Parteitag der SED zum Ausdruck kommt.

Dresden, den 10. August 1976